



BERICHT
über die
PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES
zum 31. Dezember 2019
der
**Bundesrechenzentrum Gesellschaft
mit beschränkter Haftung**

1030 Wien
Hintere Zollamtsstraße 4

Wien, 6. März 2020

<i>INHALTSVERZEICHNIS</i>	Seite
1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung	1
2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses	2
3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses	2
Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht	2
Erteilte Auskünfte	2
Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs. 2 und Abs. 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)	2
4. Bestätigungsvermerk	3
Bericht zum Jahresabschluss	3
Bericht zum Lagebericht	5

<i>ANLAGENVERZEICHNIS</i>	Anlage
Jahresabschluss und Lagebericht	
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019	
Bilanz zum 31. Dezember 2019	I
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2019	II
Anhang für das Geschäftsjahr 2019	III
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019	IV
Andere Beilagen	
Allgemeine Auftragsbedingungen	V

RUNDUNGSHINWEIS

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

An die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats der
Bundesrechenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Wien

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 der

**Bundesrechenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Wien,**
(im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

1. PRÜFUNGSVERTRAG UND AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG

In der ordentlichen Generalversammlung vom 29. März 2019 der Bundesrechenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2019 gewählt. Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, schloss mit uns einen Prüfungsvertrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht gemäß §§ 269ff UGB zu prüfen.¹

Bei der geprüften Gesellschaft handelt es sich um eine fünffach große Gesellschaft gemäß § 271a Abs. 1 UGB die der Verpflichtung zur Einrichtung eines Aufsichtsrates unterliegt.

Bei der geprüften Gesellschaft handelt es sich um eine große Kapitalgesellschaft im Sinn des § 221 UGB.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Diese Prüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages beachtet wurden. Der Lagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Für die Berichterstattung zu Artikel 11 der Verordnung (EU) 537/2014 (EU-VO) wird auf den gesonderten Bericht an den Prüfungsausschuss verwiesen; die Berichterstattung zu Artikel 11 der genannten Verordnung ist nicht Gegenstand dieses Berichts.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und die berufsüblichen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing). Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum Oktober bis November 2019 (Vorprüfung) sowie Februar bis März 2020 (Hauptprüfung) überwiegend in den Räumen der Gesellschaft in Wien durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

¹ Über die ebenfalls vereinbarte Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2019 berichten wir mittels gesonderten Berichtes.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Mag. (FH) René Berger, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbe-

dingungen für Wirtschaftstreuhänder" (Anlage V) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

2. AUFGLIEDERUNG UND ERLÄUTERUNG VON WESENTLICHEN POSTEN DES JAHRESABSCHLUSSES

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses und im Lage-

bericht enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben der Geschäftsführung im Anhang des Jahresabschlusses und im Lagebericht.

3. ZUSAMMENFASSUNG DES PRÜFUNGSERGEBNISSES

FESTSTELLUNGEN ZUR GESETZMÄßIGKEIT VON BUCHFÜHRUNG, JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, der ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

Die Gesellschaft hat einen Bundes Public Corporate Governance-Bericht gemäß Punkt 12.1.1. des B-PCGK aufgestellt. Die materielle Prüfung dieses Berichtes war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung. Für die inhaltliche Prüfung der von der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Kodex gemäß Punkt 14.3.8.2. des B-PCGK sowie zur Beurteilung der Funktionsfähigkeit des Risikomanagements gemäß Punkt 14.3.8.5. des B-PCGK wurden wir gesondert mit der Durchführung einer sonstigen

Prüfung gemäß KFS/PG 13 beauftragt. Über die Durchführung der sonstigen Prüfung und den Feststellungen zu den oben angeführten Punkten des B-PCGK werden wir gesondert berichten.

ERTEILTE AUSKÜNFTE

Die gesetzlichen Vertreter erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den gesetzlichen Vertretern unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

STELLUNGNAHME ZU TATSACHEN NACH § 273 ABS. 2 UND ABS. 3 UGB (AUSÜBUNG DER REDEPFLICHT)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei den internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs. 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.

4. BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben den Jahresabschluss der Bundesrechenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2019 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen.

GRUNDLAGE FÜR DAS PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

VERANTWORTLICHKEITEN DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES PRÜFUNGAUSSCHUSSES FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigten, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

VERANTWORTLICHKEITEN DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- ▶ Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ▶ Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- ▶ Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- ▶ Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- ▶ Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

BERICHT ZUM LAGEBERICHT

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

Wien, am 6. März 2020

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

ppa Mag. (FH) René Berger
Wirtschaftsprüfer

Mag. Gerhard Posautz
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

BILANZ zum 31. Dezember 2019

AKTIVA				31.12.2019		31.12.2018	
	€	€	€	€	T€	T€	
A. Anlagevermögen							
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Software		17.474.302,98				19.996	
2. geleistete Anzahlungen		<u>123.638,49</u>				<u>387</u>	
			17.597.941,47			20.383	
II. Sachanlagen							
1. Investitionen in gemieteten Objekten		5.408.513,50				5.632	
2. technische Anlagen und Maschinen		27.321.762,07				28.135	
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.596.382,45				1.055	
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau		<u>203.298,72</u>				<u>260</u>	
			34.529.956,74			35.082	
III. Finanzanlagen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		1,00				0	
2. sonstige Ausleihungen		<u>1.250.223,05</u>				<u>1.641</u>	
			<u>1.250.224,05</u>			<u>1.641</u>	
				53.378.122,26		57.106	
B. Umlaufvermögen							
I. Vorräte							
1. Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe		477.015,64				432	
2. Waren		0,00				0	
3. noch nicht abrechenbare Leistungen		<u>38.336.475,02</u>				<u>38.402</u>	
			38.813.490,66			38.833	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		18.717.284,50				9.437	
<i>davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	0,00				0		
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		56.695,58				63	
<i>davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	0,00				0		
3. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände		5.127.672,33				5.527	
<i>davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	1.886.943,31				3.298		
			<u>23.901.652,41</u>			<u>15.027</u>	
III. Guthaben bei Kreditinstituten							
			<u>86.511.216,98</u>			<u>104.691</u>	
				149.226.360,05		158.551	
C. Rechnungsabgrenzungsposten							
				18.120.264,94		17.072	
D. Aktive latente Steuern							
				1.605.318,98		2.047	
				<u>222.330.066,23</u>		<u>234.777</u>	

BILANZ zum 31. Dezember 2019

P A S S I V A				31.12.2019		31.12.2018	
	€	€	€	€	T€	T€	
A. Eigenkapital							
I. Eingefordertes Stammkapital			2.180.200,00			2.180	
II. Kapitalrücklagen (nicht gebundene)			21.158.389,27			21.158	
III. Gewinnrücklagen							
1. gesetzliche Rücklage		218.020,00				218	
2. andere Rücklagen (freie Rücklagen)		<u>23.175.460,04</u>				<u>21.762</u>	
			23.393.480,04			21.980	
IV. Bilanzgewinn			172.108,12			1.677	
<i>davon Vortrag aus dem Vorjahr</i>	0,00				0		
				46.904.177,43		46.996	
B. Rückstellungen							
1. Rückstellungen für Abfertigungen			19.392.939,60			20.335	
2. Steuerrückstellungen			0,00			304	
3. sonstige Rückstellungen			<u>27.538.062,31</u>			<u>30.855</u>	
				46.931.001,91		51.493	
C. Verbindlichkeiten							
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen			83.256.346,51			87.215	
<i>davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>		82.295.393,81			83.357		
<i>davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>		960.952,70			3.858		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			22.593.853,75			22.386	
<i>davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>		22.587.277,65			22.324		
<i>davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>		6.576,10			61		
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			420.378,66			167	
<i>davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>		420.378,66			167		
<i>davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>		0,00			0		
4. sonstige Verbindlichkeiten			9.340.744,45			11.611	
<i>davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>		8.885.560,45			7.971		
<i>davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>		455.184,00			3.640		
<i>davon aus Steuern</i>	240.255,13				2.804		
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	2.626.366,71				2.478		
				115.611.323,37		121.378	
<i>davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>		114.188.610,57					
<i>davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>		1.422.712,80					
D. Rechnungsabgrenzungsposten				12.883.563,52		14.909	
				222.330.066,23		234.777	

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2019

1-12/2018

	€	€	€	T€	T€
1. Umsatzerlöse			317.302.275,73		295.095
2. Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen			-65.109,49		7.161
3. sonstige betriebliche Erträge					
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen		426.108,53			81
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		984.003,19			1.018
c) übrige		640.751,83			236
			2.050.863,55		1.335
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen					
a) Materialaufwand		-2.001.284,21			-3.901
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-113.391.660,54			-98.400
			-115.392.944,75		-102.301
5. Personalaufwand					
a) Gehälter		-95.508.626,67			-92.560
b) soziale Aufwendungen		-27.350.697,49			-27.749
<i>davon Aufwendungen für Altersversorgung</i>	-1.450.148,98			-1.352	
<i>aa) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen</i>	-1.120.297,93			-2.846	
<i>bb) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge</i>	-24.138.317,88			-22.976	
<i>cc) sonstige Sozialaufwendungen</i>	-641.932,70			-576	
			-122.859.324,16		-120.309
6. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			-24.313.520,06		-23.957
<i>davon außerplanmäßige Abschreibung gem. 204 Abs. 2 UGB</i>	0,00			-290	
7. sonstige betriebliche Aufwendungen					
a) Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen fallen		-12.920,14			-3
b) übrige		-56.529.934,84			-56.885
			-56.542.854,98		-56.889
8. Zwischensumme aus Z 1 - 7 (Betriebserfolg)			179.385,84		136
Übertrag			179.385,84		136

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2019

1-12/2018

	€	€	€	T€	T€
Übertrag			179.385,84		136
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			164.819,63		396
<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>	0,00			0	
10. Erträge aus der Zuschreibung zu Finanzanlagen			39.655,11		74
11. Aufwendungen aus Finanzanlagen			-296,63		0
<i>davon aus Abschreibungen</i>	-296,63			0	
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			-13.151,59		-32
13. Zwischensumme aus Z 9 - 12 (Finanzerfolg)			191.026,52		438
14. Ergebnis vor Steuern			370.412,36		574
15. Steuern vom Einkommen					
Latente Steuern		-442.037,24			320
Steuern von Einkommen und Ertrag		-20.223,00			-526
			-462.260,24		-207
16. Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss			-91.847,88		368
17. Auflösung von Gewinnrücklagen			263.956,00		1.309
18. Vortrag aus dem Vorjahr			0,00		0
19. Bilanzgewinn			172.108,12		1.677

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

I. Rechtliche Grundlagen

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Positionen des Jahresabschlusses wurden nach den Rechnungslegungsbestimmungen des Unternehmensgesetzbuches in der geltenden Fassung vorgenommen.

II. Allgemeine Erläuterungen, Rechnungslegungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ GmbH) wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß § 231 Abs. 2 UGB nach dem Gesamtkostenverfahren.

Die bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz angewandten Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich beibehalten.

Bei der Bewertung wird vom Grundsatz der Unternehmensfortführung ausgegangen. Weiters werden die Grundsätze der Vorsicht und der Einzelbewertung von Vermögensgegenständen und Schulden beachtet.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht ermittelt. Gemäß dem imparitätischen Realisationsprinzip werden die Höchstwerte angesetzt.

Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit dem Anschaffungskurs oder dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie Erläuterungen zu Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Erläuterungen zu Posten der Bilanz

▪ Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in zusammengefasster Form, getrennt nach den Hauptgruppen, im Anlagenspiegel (Beilage 1) dargestellt.

Es wird generell die lineare Abschreibungsmethode angesetzt; bei Zu- und Abgängen im Berichtsjahr wird pro rata temporis abgeschrieben.

▪ Immaterielle Vermögensgegenstände

Bisher eingebrachte Anlagen wurden iSv § 202 Abs. 1 UGB mit dem beizulegenden Wert bewertet. Alle Zugänge des Geschäftsjahres wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Im Sinne von § 204 Abs. 1 wurden die Anschaffungswerte um die planmäßige Abschreibung vermindert, gegebenenfalls wurde eine außerplanmäßige Abschreibung iSv § 204 Abs. 2 vorgenommen. Wenn

der Grund für eine früher vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung entfallen ist, wird eine Wertaufholung höchstens bis zu den fortgeschriebenen Anschaffungskosten durchgeführt. Die planmäßige Nutzungsdauer beträgt 4 Jahre.

Die geringwertigen Vermögensgegenstände werden nach ihrem Verwendungszweck in Gruppen zusammengefasst und dementsprechend entweder im Jahr der Anschaffung zur Gänze oder auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Abschreibungen gem. § 13 EStG werden in der Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) als Zu- und Abgang gezeigt.

▪ Sachanlagen

Analog zu den immateriellen Vermögensgegenständen wurden bisher eingebrachte Anlagen iSv § 202 Abs. 1 UGB mit dem beizulegenden Wert bewertet. Alle Zugänge des Geschäftsjahres wurden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Im Sinne von § 204 Abs. 1 wurden die Anschaffungswerte um die planmäßige Abschreibung vermindert, gegebenenfalls wurde eine außerplanmäßige Abschreibung iSv § 204 Abs. 2 vorgenommen. Wenn der Grund für eine früher vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung entfallen ist, wird eine Wertaufholung höchstens bis zu den fortgeschriebenen Anschaffungskosten durchgeführt.

Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt für:

Investitionen in gemieteten Objekten	10 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	3-10 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2-10 Jahre

Im Geschäftsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen (Vorjahr 290,5 T€).

Die geringwertigen Vermögensgegenstände werden nach ihrem Verwendungszweck in Gruppen zusammengefasst und dementsprechend entweder im Jahr der Anschaffung zur Gänze oder auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Abschreibungen gem. § 13 EStG werden in der Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) als Zu- und Abgang gezeigt.

▪ Finanzanlagen

Der 100%ige Anteil der Bundesrechenzentrum GmbH an der Land-, forst- und wasserwirtschaftliches Rechenzentrum GmbH, Wien, ist als Anteil an verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

Der Jahresabschluss 2019 der Land-, forst- und wasserwirtschaftliches Rechenzentrum GmbH weist ein Eigenkapital in Höhe von 1.858,4 T€ auf. Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss in Höhe von 414,7 T€.

Bei den Ausleihungen handelt es sich einerseits um langfristige Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnendarlehen in Höhe von 181,8 T€ (Vorjahr 164,1 T€) gemäß Kreditgewährung im Sinne des Bundes Public Corporate Governance Kodex. Da diese Darlehen gegenüber Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen unverzinst sind, wurden die zukünftigen Raten auf ihren Barwert zum Bilanzstichtag abgezinst (Zinssatz 0,5 %, Vorjahreszinssatz 0,5 %).

Andererseits befinden sich unter den Ausleihungen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.068,5 T€ (Vorjahr 1.477,1 T€) gegenüber dem Bundesministerium für Finanzen, die

langfristig bis Ende des Geschäftsjahres 2025 gestundet werden. Lt. §21 GlSpG Abs. 10f sind die Glückspielautomaten in Spielbanken verpflichtend an die Bundesrechenzentrum GmbH elektronisch anzubinden. Die für die Errichtung der IT Infrastruktur entstehenden Kosten sind auf zehn Jahre zu verteilen. Diese Einmalkosten sowie die Kosten für den laufenden Betrieb des Datenrechenzentrums sind vom Bundesminister für Finanzen den Konzessionären auf Grundlage einer durchzuführenden Abrechnung über die durch die Konzessionäre verursachten Kosten jährlich bescheidmäßig vorzuschreiben.

Im Berichtsjahr bestehen Ausleihungen in Höhe von 168,1 T€ (Vorjahr 412,9 T€) mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr.

▪ Umlaufvermögen

Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Die Anschaffungskosten werden nach dem gewogenen Durchschnittspreisverfahren bewertet. Unter diesen Posten werden insbesondere die Vorräte an Büromaterial, EDV-Verbrauchsmaterial und Druckformularen ausgewiesen.

Die im Geschäftsjahr ausgewiesenen, noch nicht abrechenbaren Leistungen, wurden mit den anteiligen Herstellungskosten, verringert um die Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten, angesetzt. Im Fall von drohenden Verlusten wurden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Vom Wahlrecht, die erhaltenen Anzahlungen mit den noch nicht abrechenbaren Leistungen zu saldieren, wurde im Geschäftsjahr nicht Gebrauch gemacht.

Die Forderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt. Für erkennbare Risiken werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Forderungen ist der nachstehenden Aufstellung zu entnehmen:

Forderungen in T€

	Buchwerte lt. Bilanz	davon Restlaufzeit > 1 Jahr	Einzelwert berichtigung
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	18.717,3	0,0	171,1
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	56,7	0,0	0,0
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	5.127,7	1.886,9	0,0
Gesamt 2019	23.901,7	1.886,9	171,1
Gesamt 2018	15.027,0	3.298,4	0,0

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 18.717,3 T€ (Vorjahr 9.437,4 T€) beinhalten im Wesentlichen Leistungsverrechnungen an Ministerien und ausgegliederte Gesellschaften des Bundes.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 56,7 T€ (Vorjahr 62,7 T€) resultieren aus der laufenden Leistungsverrechnung an die Land-, forst- und wasserwirtschaftliches Rechenzentrum GmbH.

Die sonstigen Forderungen betragen 5.127,7 T€ (Vorjahr 5.526,9 T€) und beinhalten gestundete Forderungen gegenüber Kunden in Höhe von 4.384,0 T€ (davon 1.886,9 T€ langfristig), Forderungen gegenüber Lieferanten aus offenen Gutschriften in Höhe von 388,9 T€ (Vorjahr 222,6 T€), Forderungen gegenüber dem Finanzamt in der Höhe von 304,8 T€ (Vorjahr keine), Forderungen gegenüber Mitarbeitern in Höhe von 49,6 T€ (Vorjahr 34,0 T€) sowie Zinsabgrenzungen für Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 0,4 T€ (Vorjahr 0,5 T€).

In den sonstigen Forderungen sind Erträge in Höhe von 4.405,1 T€ (Vorjahr 5.272,7 T€) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

▪ Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist in zusammengefasster Form, getrennt nach den Hauptgruppen, im Eigenkapitalspiegel (Beilage 2) dargestellt.

Stammkapital und Kapitalrücklagen in T€

	31.12.2019	31.12.2018
I. Stammkapital	2.180,2	2.180,2
II. Kapitalrücklagen (nicht gebundene)	21.158,4	21.158,4

Die Kapitalrücklagen resultieren aus der Einbringung des ehemaligen Bundesrechenamtes, aus der Einbringung des Schulrechenzentrums per 01.01.1999 sowie eines Teilbetriebes des Land- und forstwirtschaftlichen Rechenzentrums per 01.04.2000.

III. Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen betreffen die gesetzliche Rücklage und andere Rücklagen (freie Rücklagen). Mit Generalversammlungsbeschluss vom 27. März 2019 wurden 1.677,1 T€ in die Gewinnrücklagen eingestellt.

IV. Bilanzgewinn

Nach dem Bundesgesetz über die BRZ GmbH (BGBl. Nr. 757/1996) § 5 setzt die BRZ GmbH das Entgelt für ihre Leistungen für die gesetzlich oder durch Verordnung übertragenen Aufgaben nach dem Kostendeckungsprinzip fest.

Der ausgewiesene Gewinn vor Steuern von 370,4 T€ ergibt nach Berücksichtigung des Steueraufwands von 462,3 T€ einen Verlust nach Steuern von 91,8 T€.

▪ Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ist in zusammengefasster Form im Folgenden dargestellt:

Rückstellungen in T€

	Stand 31.12.2018	Verbrauch	Auflösung	Dotierung	Stand 31.12.2019
1. Rückstellungen f. Abfertigungen	20.334,5	-941,6	0,0	0,0	19.392,9
2. Steuerrückstellungen	304,0	-304,0	0,0	0,0	0,0
3. Sonstige Rückstellungen	30.854,7	-9.420,3	-984,0	7.087,8	27.538,1
	51.493,2	-10.665,9	-984,0	7.087,8	46.931,0

Die Rückstellungen für Abfertigungen wurden für die ArbeitnehmerInnen der BRZ GmbH versicherungsmathematisch gemäß der Stellungnahme AFRAC 27 des Beirats für Rechnungslegung und Abschlussprüfung des Austrian Financial Reporting and Auditing Committee mit einem Rechnungszinssatz von 1,97 % (Vorjahr 2,32 %) gebildet.

Die Rückstellungen für Jubiläumswahlungen für die ArbeitnehmerInnen der BRZ GmbH und die vom Bund übernommenen Beamten wurden versicherungsmathematisch gemäß der Stellungnahme AFRAC 27 des Beirats für Rechnungslegung und Abschlussprüfung des Austrian Financial Reporting and Auditing Committee mit einem Rechnungszinssatz von 1,97 % (Vorjahr 2,32 %) gebildet.

In der nachfolgenden Tabelle befinden sich die Erläuterungen zu den Methoden und Rechnungsgrundlagen, die bei der Berechnung der Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumswahlungen zugrunde gelegt wurden.

**Parameter Rückstellungsberechnung
(Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumswahlungen)**

Zins: 7-Jahres-Durchschnittszins Duration: pauschal 15 Jahre per 31.12.2019 veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank, 1,97 % (Vorjahr 2,32 %)

Gehaltssteigerungsannahmen: 2,6 % für das erste Jahr und 2,3 % für die Folgejahre bei Abfertigungen und 3,4 % für das erste Jahr und 3,1 % für die Folgejahre bei Jubiläumsgeldern (Vorjahr: 3,9 % für das erste Jahr und 3,2 % für die Folgejahre bei Abfertigungen und Jubiläumsgeldern)

Finanzierungsverfahren: Teilwertverfahren mit steigenden Prämien

Sterbetafeln: „AVÖ 2018-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung“ in der Ausprägung für Angestellte

Fluktuation: Die Bandbreite der Fluktuationsrate liegt gemäß Dauer der Dienstzugehörigkeit zwischen 0 % und 8,95 %

Pensionsalter: 60 für Frauen bzw. 65 für Männer unter Beachtung der Übergangsbestimmungen laut Budgetbegleitgesetz 2003 und des „BVG Altersgrenzen“ (BGBl. 832/1992)

Finanzierungsende: Als Finanzierungsende wurde das kalkulatorische Pensionsalter (Abfertigungen) bzw. das Datum des jeweiligen Dienstjubiläums (Jubiläumsgeldern) herangezogen.

Jubiläumsgeld-Lohnnebenkosten: Es wurden individuelle Lohnnebenkostenprozentsätze verwendet.

Sonstige Rückstellungen in T€

	31.12.2019	31.12.2018
Gesamt	27.538,1	30.854,7
Davon:		
Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube	9.724,0	9.323,7
Rückstellung für Zeitguthaben	742,9	738,0
Rückstellung für Jubiläumszahlungen	8.475,5	8.189,8
Andere sonstige Rückstellungen	8.595,7	12.603,1

Die wesentlichen Posten, unter den anderen sonstigen Rückstellungen, umfassen Rückstellungen für ausstehende Eingangsrechnungen in Höhe von 1.914,9 T€ (Vorjahr 4.083,6 T€), Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Ansprüche von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Höhe von 4.408,6 T€ (Vorjahr 4.201,4 T€), Vorsorge für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe von 1.396,7 T€ (Vorjahr 2.239,7 T€) und Rückstellungen für Instandhaltungen in Höhe von 557,9 T€ (Vorjahr 1.342,3 T€) sowie für Miet-, Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 298,5 T€ (Vorjahr 716,4 T€).

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe und dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger unternehmerischer Beurteilung erforderlich sind.

- **Verbindlichkeiten**

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Verbindlichkeiten ist dem nachstehenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

Verbindlichkeiten in T€

	Buchwerte lt. Bilanz	Restlaufzeit		
		< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	83.256,3	82.295,4	961,0	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	22.593,9	22.587,3	6,6	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	420,4	420,4	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	9.340,7	8.885,6	455,2	0,0
Gesamt 2019	115.611,3	114.188,6	1.422,7	0,0
Gesamt 2018	121.378,4	113.819,3	7.559,1	0,0

Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als 5 Jahren gibt es im Berichtsjahr sowie im Vorjahr keine.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus der laufenden Leistungsverrechnung von der Land-, forst- und wasserwirtschaftliches Rechenzentrum GmbH.

Sonstige Verbindlichkeiten in T€

	31.12.2019	31.12.2018
Gesamt	9.340,7	11.611,0
Davon:		
Verbindlichkeiten aus Steuern	240,3	2.803,5
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	2.626,4	2.478,1
Andere sonstige Verbindlichkeiten	6.474,1	6.329,4

Die anderen sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich im Geschäftsjahr 2019 im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten aus Ratenkäufen in Höhe von 1.913,6 T€ (Vorjahr 4.110,4 T€), Ansprüchen gegenüber Personal in Höhe von 962,1 T€ (Vorjahr 1.098,0 T€), kreditorischen Debitoren in der Höhe von 2.407,4 T€ (Vorjahr 2,7 T€), Verbindlichkeiten im Zuge der Abrechnung von Querschnittsapplikationen in Höhe von 946,4 T€ (Vorjahr 919,2 T€), die im Namen und Auftrag der zuständigen Bundesministerien verrechnet wurden, zusammen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen in Höhe von 3.830,2 T€ (Vorjahr 5.865,0 T€) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Dingliche Sicherheiten gibt es keine.

- **Eventualverbindlichkeiten**

Zum Bilanzstichtag bestand eine Bankgarantie in Höhe von 12,0 T€ für angemietete Garagenparkplätze im Gebäude Untere Viaduktgasse 2, 1030 Wien.

- **Dauerschuldverhältnisse im Zusammenhang mit Sachanlagen**

Stand 31.12.2019	Folgendes Jahr in T€	Folgende 5 Jahre in T€
Mieten	4.665,8	23.527,3
Monitormiete	28,5	30,9
Stand 31.12.2018		
Mieten	4.316,8	21.564,3
Kraftfahrzeugleasing	0,9	0,9
Monitormiete	28,5	59,4

Die Mieten betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Mietverträgen für Gebäude.

Es bestehen weiters langfristige Wartungs- und Werkleistungsverträge.

Erläuterungen zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 231 Abs. 2 UGB aufgestellt.

▪ Umsätze

Die Gliederung der Umsatzanteile im Geschäftsjahr erfolgt nach BRZ–Auftragsstruktur in folgende Kundengruppen:

Umsatzanteile nach Kundengruppen in %

	2019	2018
Bundesministerien, nachgeordnete Dienststellen und oberste Organe	90,0%	93,3%
Davon:		
Bundesministerium für Finanzen	42,2%	47,1%
Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz	14,7%	15,6%
Bundeskanzleramt	12,9%	13,5%
Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort	8,3%	5,2%
Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz	2,9%	3,2%
Bundesministerium für Inneres	2,3%	2,3%
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung	2,3%	1,9%
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	0,9%	1,0%
Andere Bundesministerien	1,1%	0,9%
Nachgeordnete Dienststellen und oberste Organe	2,4%	2,6%
Ausgliederte Rechtsträger (inkl. Universitäten)	8,5%	5,5%
Länder, Gemeinden und Übrige	1,5%	1,2%

2019 wurden Umsätze mit verbundenen Unternehmen in Höhe von 537,8 T€ (Vorjahr 520,0 T€) erzielt. Die Auslandsumsätze betragen 49,1 T€ (Vorjahr 51,1 T€).

▪ Personalaufwand

In den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen entfällt auf Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen ein Betrag in Höhe von 970,8 T€ (Vorjahr 882,6 T€).

In den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von 1.120,3 T€ (Vorjahr 2.845,6 T€) sind Aufwendungen für Geschäftsführung und leitende Angestellte der Gesellschaft in Höhe von 25,8 T€ (Vorjahr 54,8 T€) enthalten.

▪ Aperiodische Aufwendungen und Erträge

Im Berichtsjahr sind keine wesentlichen aperiodischen Aufwendungen und Erträge angefallen.

▪ Steuern vom Einkommen

Die Entwicklung der aktiven latenten Steuern stellt sich im Abschlussjahr wie folgt dar:

Aktive latente Steuern in T€

	Stand 31.12.2018	Zuführung	Auflösung	Stand 31.12.2019
Aktive latente Steuern	2.047,4	0,0	-442,0	1.605,3
	2.047,4	0,0	-442,0	1.605,3

Der Bewertung wurde ein Steuersatz von 25 % (Vorjahr 25 %) zu Grunde gelegt. Die Differenz zwischen der unternehmensrechtlichen und steuerrechtlichen Steuerbelastung resultiert im Wesentlichen aus den Bilanzpositionen Anlagevermögen sowie Rückstellungen für Abfertigungen, Jubiläumsgeld und Urlaube.

▪ Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen sowie nahe stehenden Personen

Die Bundesrechenzentrum GmbH steht mit dem verbundenen Unternehmen Land-, forst- und wasserwirtschaftliches Rechenzentrum GmbH in einem Konzernverhältnis. Der Konzernabschluss der BRZ GmbH ist beim Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien hinterlegt. Die Leistungserbringungen innerhalb des Konzerns erfolgen zu marktüblichen Konditionen.

Nahe stehende Unternehmen und Personen sind für die BRZ GmbH vor allem die Republik Österreich und Unternehmen, an denen die Republik Österreich direkt oder indirekt Beteiligungen hält. Alle diesbezüglichen Geschäfte werden zu marktüblichen beziehungsweise zu gesetzlich vorgegebenen Konditionen durchgeführt.

Weiters zählen Mitglieder der Geschäftsführung, Prokuristen des Unternehmens, Mitglieder des Aufsichtsrates und deren jeweilige nahe Angehörige für die Gesellschaft zu den nahe stehenden Personen. Mit diesem Personenkreis wurden keine Geschäfte unter marktunüblichen Bedingungen abgeschlossen.

▪ Personal

Zum Bilanzstichtag waren 1.298 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in VBÄ (Vollbeschäftigtenäquivalent) (Vorjahr 1.274 VBÄ) ausschließlich im Angestelltenverhältnis beschäftigt. Weiters waren drei Beamte (Vorjahr vier Beamte) des Bundesministeriums für Finanzen der BRZ GmbH dienstzugehört. Der durchschnittliche Personalstand betrug 1.285 VBÄ (Vorjahr 1.253 VBÄ). Für Programmtätigkeiten wurden Fremdleistungen von externem Personal (für die Abwicklung von Projekten auf Basis von Time-and-Material Vereinbarungen) in Höhe von 38.568,0 T€ (Vorjahr 30.759,5 T€) bezogen.

▪ Veröffentlichung des Bundes Public Corporate Governance Berichts

Die Veröffentlichung des Bundes Public Corporate Governance Berichts erfolgt auf der Homepage der Bundesrechenzentrum GmbH (www.brz.gv.at). Die gemäß 14.2.5 B-PCGK geforderten Angaben sind in diesem Bericht angeführt.

▪ **Vorschlag zur Verwendung des Ergebnisses**

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Bilanzgewinn 2019 der BRZ GmbH in Höhe von 172.108,12 € den Gewinnrücklagen der Gesellschaft zuzuführen, um die Eigenkapitalausstattung zu festigen und um die Eigentümerstrategie umzusetzen.

▪ **Ausserbilanzielle Geschäfte**

Es bestehen keine Geschäfte, die weder in der Bilanz ausgewiesen noch gem. § 238 (1) Z 10 UGB oder § 199 UGB anzugeben sind, aus denen wesentliche Risiken oder Vorteile entstehen.

▪ **Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**

Es gab nach Abschluss des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge.

IV. **Organe der Bundesrechenzentrum GmbH**

▪ **Geschäftsführung**

Mag. Markus Kaiser

Mag.^a Christine Sumper-Billinger

Die Geschäftsführer vertreten entweder gemeinsam oder einer von ihnen gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen.

▪ **Prokuristen**

Ing. Günther Lauer

Mag.^a Patrizia Pekárek

Mag. Gernot Silvestri

Mag.^a Beate Greilinger (seit 01.04.2019)

Claus Haiden (seit 01.04.2019)

DI Ernst Steiner (bis 13.04.2019)

Die angeführten Gesamtprokuristen vertreten jeweils gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder mit einem weiteren Gesamtprokuristen.

Die Angaben über die Bezüge der Geschäftsführung unterbleiben gemäß § 242 Abs. 4 UGB. Es wurden keine Vorschüsse, Darlehen oder Haftungen an Mitglieder der Geschäftsführung oder an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

▪ **Aufsichtsrat**

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

Dr. Maximilian Schnödl, MBA, Vorsitzender

Mag. Georg Schöppl, Stellvertreter des Vorsitzenden

MMag.^a Elisabeth Gruber

Dr. Hannes Schmid

Mag.^a Tatjana Oppitz

Mag.^a Britta Tichy-Martin (seit 13.09.2019)

Univ.Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber (bis 28.05.2019)

Von der betrieblichen Arbeitnehmervertretung der Gesellschaft entsandte Aufsichtsratsmitglieder:

Christian Meidl
Helfried Steinbrugger
Roland Hohenberger

An Vergütungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates (Kapitalvertreter) wurden im Berichtsjahr insgesamt 19,2 T€ ergebniswirksam erfasst.

Die BRZ GmbH ist eine 100%ige Tochter der Republik Österreich. Die BRZ GmbH unterhält das 100%ige Tochterunternehmen Land-, forst- und wasserwirtschaftliches Rechenzentrum GmbH.

Die Angaben im Zusammenhang mit der Offenlegung der Aufwendungen für den Abschlussprüfer (§ 238 Abs 1 Z 18 UGB) gelangen im Anhang des Konzernabschlusses der Bundesrechenzentrum GmbH gesondert zur Darstellung.

Wien, am 06. März 2020

Bundesrechenzentrum GmbH

Mag. Markus Kaiser e.h.
Geschäftsführer

Mag.^a Christine Sumper-Billinger e.h.
Geschäftsführerin

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Anlagentpiegel 2019

	ANSCHAFFUNGS - UND HERSTELLUNGSKOSTEN					KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN					BUCHWERTE		
	Stand 01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2019	Stand 01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Umbuchungen	Stand 31.12.2019	Stand 01.01.2019	Stand 31.12.2019
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Software	119.797.069,92	7.288.362,42	-3.433.614,17	263.304,68	123.915.122,85	99.801.157,65	9.683.589,98	-3.043.927,76	0,00	0,00	106.440.819,87	19.995.912,27	17.474.302,98
2. geleistete Anzahlungen	386.943,17	0,00	0,00	-263.304,68	123.638,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	386.943,17	123.638,49
	120.184.013,09	7.288.362,42	-3.433.614,17	0,00	124.038.761,34	99.801.157,65	9.683.589,98	-3.043.927,76	0,00	0,00	106.440.819,87	20.382.855,44	17.597.941,47
II. Sachanlagen													
1. Investitionen in gemieteten Objekten	24.207.725,92	973.790,14	-1.815.791,74	0,00	23.365.724,32	18.575.560,89	1.192.493,22	-1.810.843,29	0,00	0,00	17.957.210,82	5.632.165,03	5.408.513,50
2. technische Anlagen und Maschinen	108.247.605,16	12.226.028,88	-7.002.686,57	84.684,00	113.555.631,47	80.112.618,04	13.001.865,80	-6.880.614,44	0,00	0,00	86.233.869,40	28.134.987,12	27.321.762,07
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.661.954,53	959.194,18	-377.882,85	20.544,56	5.263.810,42	3.606.948,00	435.571,06	-375.091,09	0,00	0,00	3.667.427,97	1.055.006,53	1.596.382,45
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	259.550,05	48.977,23	0,00	-105.228,56	203.298,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	259.550,05	203.298,72
	137.376.835,66	14.207.990,43	-9.196.361,16	0,00	142.388.464,93	102.295.126,93	14.629.930,08	-9.066.548,82	0,00	0,00	107.858.508,19	35.081.708,73	34.529.956,74
Summe aus I. und II.	257.560.848,75	21.496.352,85	-12.629.975,33	0,00	266.427.226,27	202.096.284,58	24.313.520,06	-12.110.476,58	0,00	0,00	214.299.328,06	55.464.564,17	52.127.898,21
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00
2. sonstige Ausleihungen	1.727.048,52	78.900,00	-509.242,48	0,00	1.296.706,04	85.841,47	296,63	0,00	-39.655,11	0,00	46.482,99	1.641.207,05	1.250.223,05
	1.727.049,52	78.900,00	-509.242,48	0,00	1.296.707,04	85.841,47	296,63	0,00	-39.655,11	0,00	46.482,99	1.641.208,05	1.250.224,05
Gesamt	259.287.898,27	21.575.252,85	-13.139.217,81	0,00	267.723.933,31	202.182.126,05	24.313.816,69	-12.110.476,58	-39.655,11	0,00	214.345.811,05	57.105.772,22	53.378.122,26

Eigenkapitalspiegel

Entwicklung für das Geschäftsjahr 2019

Werte in €	I. Stamm- kapital	II. Kapital- rücklagen	III. Gewinn- rücklagen	IV. Bilanz- gewinn	Gesamt
Stand am 31.12.2018	2.180.200,00	21.158.389,27	21.980.345,37	1.677.090,67	46.996.025,31
Zuweisung zu Gewinn- rücklagen durch General- versammlung	0,00	0,00	1.677.090,67	-1.677.090,67	0,00
Auflösung von Gewinn- rücklagen (ergebniswirksam)	0,00	0,00	-263.956,00	263.956,00	0,00
Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	-91.847,88	-91.847,88
Ausschüttung an Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Stand am 31.12.2019	2.180.200,00	21.158.389,27	23.393.480,04	172.108,12	46.904.177,43

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

I. Das Umfeld der BRZ GmbH

Die digitale Transformation revolutioniert nicht nur die Wirtschaft, sie revolutioniert auch die Verwaltung und betrifft uns alle – beruflich wie auch privat. Um den Herausforderungen der digitalen Transformation als auch den neuen Aufgaben wie der IT-Konsolidierung im Bund oder dem Projekt der Übernahme der IT des Arbeitsmarktservice Österreich gewachsen zu sein, hat sich die BRZ GmbH im Geschäftsjahr 2019 zukunftsorientiert und neu ausgerichtet. Mit dem umgesetzten Transformationsprogramm BRZ 2020 wurden folgende Ziele verfolgt:

- Eine signifikante Verbreiterung der Kundenbasis innerhalb und außerhalb der Bundesverwaltung
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Verbesserung der Kostenposition
- Professionalisierung der Applikationsentwicklung und des Betriebes sowie
- „Attraction“ und „Retention“ von Talenten

Die neue Organisation ist mit April 2019 in Kraft getreten und verbindet Kundenfokus, Innovation und Effizienz. Im Zuge der Reorganisation wurden Prozesse optimiert und neu entwickelt, Funktionen und Rollen wurden angepasst und weiterentwickelt, um auch zukünftigen Aufgaben gewachsen zu sein. Unterstützt wurde die Veränderung der Linien- und Ablauforganisation durch den Einsatz von „Lean Management“ Methoden. Ein Fokus liegt hier auf den Kundenbedürfnissen und auf den – für Kunden – wertschöpfenden Tätigkeiten innerhalb der Organisation. Ziel ist es durch den Einsatz und die konsequente Anwendung von „Lean“ Werkzeugen die Flexibilität in der Organisation zu erhöhen und nicht wertschöpfende Aktivitäten und Aufgaben systematisch zu reduzieren.

Aber nicht nur die BRZ GmbH hat sich in 2019 verändert, sondern auch das Kundenumfeld hat sich erweitert. So konnte im August 2019 ein Vertrag mit dem Arbeitsmarktservice Österreich abgeschlossen werden, der eine Übernahme der IT-Dienstleistungen des Arbeitsmarktservice Österreich vorsieht. Diese Leistungen, die derzeit von externen IT-Dienstleistern erbracht werden, sollen im Rahmen einer stufenweisen Transition durch die BRZ GmbH bis 2021 übernommen und in Folge betrieben werden.

Als Umsetzungspartner des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort konnte im März 2019 der Grundstein für das Digitale Amt mit der Plattform „österreich.gv.at“ und der Smartphone-App „Digitales Amt“ gelegt werden. Nach Schaffung des rechtlichen Rahmens soll in weiterer Folge die Bündelung aller elektronischen Amtswege auf dieser Plattform umgesetzt werden. Zu den in der ersten Phase umgesetzten Services zählen die elektronische Änderung des Hauptwohnsitzes, der digitale „Babypoint“, der Wahlkartenantrag sowie das Reisepass Erinnerungsservice. Der Einsatz modernster IT-Sicherheitsstandards in Verbindung mit „State-of-the-Art“ Technologien war dabei ebenso wichtig wie die Sicherstellung des Datenschutzes nach der Datenschutzgrundverordnung und dem hochsicheren Betrieb in der BRZ GmbH.

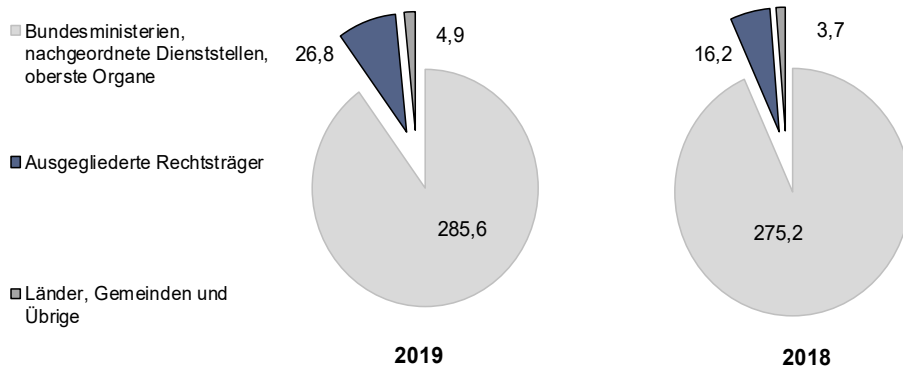
Die BRZ GmbH zeigt mit diesen Beispielen, dass sie ausfallssichere, datenschutzkonforme und zeitgemäße von der Verwaltung genutzte Informationstechnik anbietet, die auch für die Sicherheit und Handlungsfähigkeit der Republik Österreich in der heutigen Zeit von wesentlicher Bedeutung ist.

II. Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens 2019

▪ Ertragslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lagen die Umsatzerlöse bei 317,3 Mio. €. Diese teilen sich nach Kundensegmenten wie folgt auf:

Umsatzanteile nach Kundensegmenten, in Mio. €



Der Umsatz der Bundesministerien, nachgeordneten Dienststellen und obersten Organe betrug 2019 285,6 Mio. €. Hauptkunden in diesem Segment sind das Bundesministerium für Finanzen; das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz; das Bundeskanzleramt; und das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort.

Die Gruppe der ausgegliederten Rechtsträger (26,8 Mio. €) enthält im Wesentlichen das Arbeitsmarktservice, die Universitäten sowie die Buchhaltungsagentur des Bundes.

Die Gewinn- und Verlustrechnung der BRZ GmbH zeigt für die Jahre 2018 und 2019 folgendes Bild:

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Umsatzanteil
	Mio. €	Mio. €	2019 in %
Umsatzerlöse	317,3	295,1	
Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen	-0,1	7,2	
Sonstige betriebliche Erträge	2,1	1,3	
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-115,4	-102,3	36,4%
Personalaufwand	-122,9	-120,3	38,7%
Abschreibungen	-24,3	-24,0	7,7%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-56,5	-56,9	17,8%
EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern)	0,2	0,1	0,1%
Finanzerfolg	0,2	0,5	-0,1%
Ergebnis vor Steuern	0,4	0,6	0,1%
Steuern vom Einkommen	-0,5	-0,2	0,1%
Ergebnis nach Steuern	-0,1	0,4	0,0%

Die Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen betrug -0,1 Mio. € und lag unter dem Vergleichswert des Vorjahres (+7,2 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 2,1 Mio. € und beinhalten unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie Erträge aus dem Anlagenabgang.

Der Materialaufwand in Höhe von 2,0 Mio. € und die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 113,4 Mio. € hatten einen Anteil von 36,4 % am Gesamtumsatz. In den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für Portogebühren zu Kundenaufträgen und externe Personalressourcen enthalten.

Der Personalaufwand betrug 122,9 Mio. € und stieg um 2,1 % gegenüber dem Vorjahrswert.

Die Abschreibungen auf das Sachanlage- und immaterielle Vermögen beliefen sich auf 24,3 Mio. € und lagen um 1,5 % geringfügig über dem Vorjahresvergleichswert.

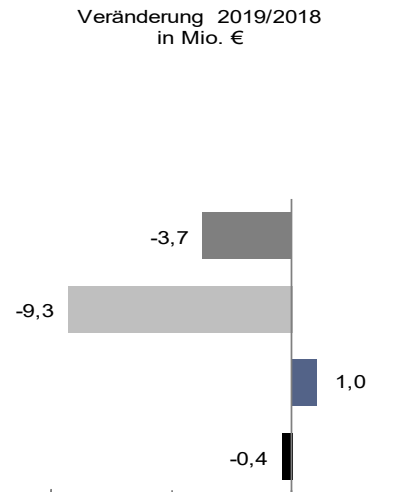
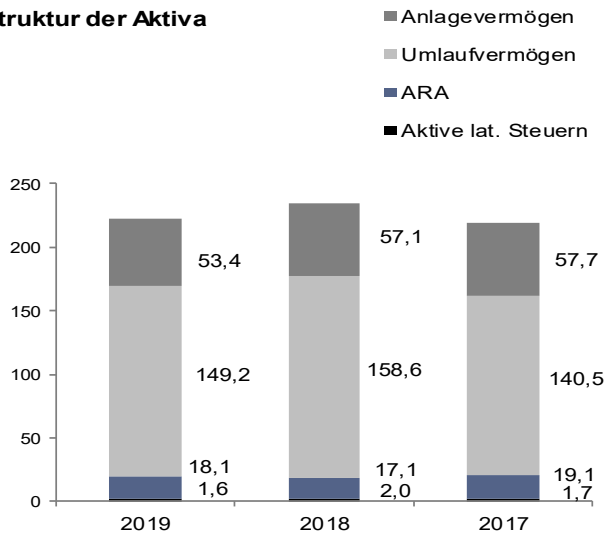
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 56,5 Mio. € und lagen um 0,6 % geringfügig unter dem Vorjahreswert.

Das Ergebnis vor Steuern von 370,4 T€ setzt sich aus dem EBIT in Höhe von 179,4 T€ und dem Finanzergebnis von 191,0 T€ zusammen. Nach Berücksichtigung des Steueraufwands von 462,3 T€ ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern von -91,8 T€.

▪ Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der BRZ GmbH zum 31. Dezember 2019 betrug 222,3 Mio. € und lag damit um 5,3 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres (234,8 Mio. €).

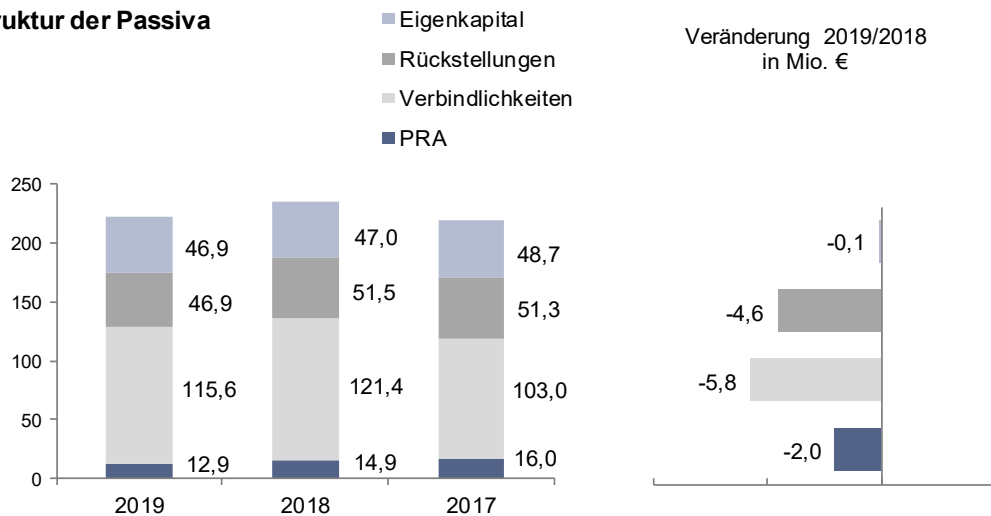
Struktur der Aktiva



Das langfristige Vermögen (24,8 % der Bilanzsumme) umfasst im Wesentlichen das gesamte Anlagevermögen sowie langfristige Forderungen der BRZ GmbH.

75,2 % der Bilanzsumme betreffen das kurzfristige Vermögen. Die größten Posten darin waren mit 86,5 Mio. € liquide Mittel, mit 38,3 Mio. € die Vorräte an noch nicht abrechenbaren Leistungen und mit 22,0 Mio. € kurzfristige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.

Struktur der Passiva



Passivseitig setzt sich die Bilanzsumme mit einem Anteil von 34,3 % aus Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital und zu 65,7 % aus kurzfristigem Fremdkapital zusammen.

Das langfristige Fremdkapital in Höhe von 29,3 Mio. € umfasst hauptsächlich Rückstellungen für Abfertigungen in Höhe von 19,4 Mio. € und Jubiläumsgelder in Höhe von 8,5 Mio. €.

Das kurzfristige Fremdkapital besteht vorwiegend aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Rechnungsabgrenzungsposten.

▪ Kennzahlen gemäß URG

Die Eigenkapitalquote lag mit 21,1 % geringfügig über dem Vergleichswert des Vorjahres (2018: 20,0 %). Die fiktive Schuldentilgungsdauer gem. § 24 URG betrug 3,1 Jahre. Der Vergleichswert des Vorjahres betrug 2,8 Jahre. Die BRZ GmbH wies zum 31. Dezember 2019 einen Finanzmittelbestand von 86,5 Mio. € aus.

Cashflow

	2019	2018
	Mio.€	Mio.€
Geldfluss aus dem Ergebnis	24,3	24,5
+/- Veränderungen am Nettoumlaufvermögen	-19,8	22,1
= Netto-Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit vor Steuern	4,5	46,6
+/- Zahlungen aus Ertragssteuern	-2,4	-0,6
= Netto-Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit	2,1	46,0
+/- Netto-Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-20,2	-23,3
+/- Netto-Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,0	-2,1
= Veränderung des Finanzmittelbestandes	-18,1	20,6

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden von der Gesellschaft keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt. Die in der Bilanz ausgewiesenen Finanzinstrumente sind Gegenstand des allgemeinen Risikomanagements der Gesellschaft. Neben den bereits im Jahresabschluss und im Anhang adressierten Risiken bestehen keine weiteren Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und Cashflowrisiken.

III. Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Zweigniederlassungen.

IV. Risiko- und Chancenmanagement

Das interne Kontrollsystem und zahlreiche Risikomanagementfunktionen in den Geschäftsprozessen dokumentieren die risikoaverse Finanzstrategie der BRZ GmbH. Ein „Enterprise Risk Management“ - nach dem Referenzmodell des "COSO-ERM Integrated Framework" und dem ISO Standard 31000 ausgestaltet – stellt steuerungsrelevante Berichte für das Management und einen nach dem Haushaltsrecht des Bundes vorgeschriebenen Risikocontrollingbericht für die Beteiligungsverwaltung im Bundesministerium für Finanzen bereit. Der „Enterprise Risk Management“ Prozess wurde nach den Anforderungen des Geschäftsprozessmodells ausgearbeitet und ist nach dem ISO Standard 9001 zertifiziert.

Seit 2017 wird quartalsweise der VAR („Value at Risk“) - welcher ein Standard in der Finanzwirtschaft zur Darstellung der Entwicklung der Risikosituation ist – für die BRZ GmbH berechnet und berichtet. Die Berechnung erfolgt für einzelne Risikokategorien sowie für die Gesamtrisikoposition des Unternehmens.

▪ Markt- und Auftragsrisiko

Die BRZ GmbH hat, für einen Konzerndienstleister typische, hohe Umsatzanteile bei einigen Kunden. Bundesweite Budgetkonsolidierungsmaßnahmen können sich in Folge direkt auf die Entwicklung der Auftragslage der BRZ GmbH auswirken. Diese Nähe bietet aber für den Dienstleister BRZ GmbH auch Chancen in Form von Digitalisierungsvorhaben der Bundesverwaltung, da diese die zukünftige Auftragslage positiv beeinflussen können.

▪ Betriebsrisiko

Die Ausfallsicherheit der IT-Systeme und die Qualität und Kontinuität der IT-Services, die eine wesentliche Basis des Geschäftserfolges sind, werden mit dem „Business Continuity Management“ strategisch adressiert und mit dem „IT-Service-Management“ nachhaltig abgesichert. Ein weiterer strategischer Schwerpunkt ist die Datensicherheit, deren Grundlage das Informationssicherheits-Managementsystem nach ISO 27001 ist.

▪ Personalrisiko

Das Marktrisiko der unterjährig wirksamen Budgetkonsolidierungsmaßnahmen bei großen Kunden kann für langfristig zugeordnetes Personal ein temporäres Auslastungsrisiko bewirken, dem die BRZ

GmbH mit einer Personalentwicklung in Richtung flexibler Kompetenzen und agiler Einsatzmöglichkeiten begegnet. Ebenso werden die „Skill Gaps“ gegenüber künftigen Anforderungen aus der strategischen Entwicklung festgestellt und geschlossen. Durch den gezielten Einsatz externer Dienstleister werden – vor allem in Projekten – Ressourcenengpässe überbrückt oder Leistungen und „Skills“, die in der BRZ GmbH nicht dauerhaft benötigt werden, abgedeckt. Um dies zu ermöglichen und die notwendigen Grundlagen für die Abdeckung der Anforderungen zu schaffen, werden die Bedarfe regelmäßig erhoben und fließen in die Personal- und Beschaffungsplanung ein. Mit derartigen Maßnahmen sowie intensiven Aktivitäten im „Recruiting“ und in der Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wird dem derzeitigen Fachkräftemangel im IT-Bereich begegnet.

▪ **Finanzwirtschaftliches Risiko**

Die Finanzstrategie der BRZ GmbH beruht auf dem Kostendeckungsprinzip in der Budgetplanung.

Veranlagungen erfolgen gestreut, ausschließlich im Rahmen eines, durch den Aufsichtsrat genehmigten, Bankenportfolios. Es wird nur die frei verfügbare Liquidität entweder in Form von kurzfristigen Termineinlagen oder auf täglich fälligen Konten veranlagt. Es werden keine Derivate oder ähnliche Finanzinstrumente eingesetzt.

Es gibt kein Fremdwährungsrisiko, da das Volumen der Transaktionen außerhalb des Euro verschwindend gering ist.

V. Forschung, Entwicklung und Innovation

Für das Forschungs- und Entwicklungsprogramm der BRZ GmbH wurden für das Jahr 2019 rund 1,3 Mio. € budgetiert. Neben dem Know-How Aufbau in 24 Innovationsprojekten wurde besonderer Wert auf Inklusion und „User Centered Design“ gelegt.

▪ **Innovationsprojekte**

Die Schwerpunkte der Innovationsprojekte lagen 2019 in den Themenfeldern „Artificial Intelligence“, Automatisierung und „e-Democracy“. In 24 Innovationsprojekten wurden in der Regel unter Einbeziehung von Kunden und Partnern Pilotlösungen erarbeitet. Ein besonderer Erfolg war die aus einem Innovationsprojekt entstandene Umsetzung der digitalen Bürgerbefragung der Stadt Scheibbs, bei der Virtual Reality Technologie und die e-Democracy Lösung des BRZ eingesetzt wurde. Dieses Projekt wurde mit einem Innovationspreis ausgezeichnet und mehrfach auch international erwähnt.

Um die Sichtbarkeit der Kompetenzen in diesen Bereichen zu erhöhen und vor Kunden professionell aufzutreten, waren die Expertinnen und Experten der BRZ GmbH auf zahlreichen Fachkonferenzen (u.a. Pioneers, GovTec, WeAreDevelopers) vertreten. Diese Bemühungen führen dazu, dass diese Kompetenzen bereits von Kunden angefragt werden und erste Beauftragungen – zum Beispiel im Bereich „Robotic Process Automation RPA“ – bearbeitet werden.

▪ **„User Centered Design“**

Durch strategisch gesetzte „Design Thinking“ Initiativen konnte ein Trainer Team im Jahr 2019 ausgebildet werden. Die sieben Trainerinnen und Trainer sind verantwortlich für die Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um die Einführung von „Design Thinking“ in der BRZ GmbH in

einem „Bottom Up“ Prozess zu verstärken. Zusätzlich konnte der Methodenkoffer für „User Centered Design“ maßgeblich erweitert und professionalisiert werden, um diesen Service bei Kunden der BRZ GmbH verstärkt anzubieten.

▪ **Inklusion**

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Inklusion von BRZ Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelegt. 83 Personen waren direkt in Innovationsprojekten involviert, weitere 75 Personen waren an der „Open Innovation“ Initiative „Innovation Camp“ beteiligt, bei der über 50 Ideen in einem eintägigen „Design Thinking“ Zyklus entwickelt wurden. Das Konzept wurde erfolgreich erprobt und wird in 2020 ausgeweitet, um gemeinsam mit Kunden an Innovationen zu arbeiten.

VI. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

▪ **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Ende 2019 lag der interne Personalstand bei 1.301 (Vorjahr 1.278) Vollbeschäftigtenäquivalenten (VBÄ) und somit +23 VBÄ über dem Stand von 2018. Bezogen auf einen Mitarbeiterstand von 1.383 (Vorjahr 1.363) Mitarbeiter (Köpfe) erhöhte sich das Durchschnittsalter der Belegschaft auf 43,5 Jahre (Vorjahr 43,1 Jahre) und der Frauenanteil blieb mit 23,4% (Vorjahr 23,4%) unverändert.

▪ **Recruiting, Employer Branding**

Insgesamt verzeichnete die BRZ GmbH 6.601 Bewerbungen im Jahr 2019, davon bezogen sich 4.442 Bewerbungen auf IT-Positionen. Es konnten 194 IT-Positionen erfolgreich besetzt werden.

Die BRZ GmbH ist bestrebt den Frauenanteil, insbesondere bei IT-Positionen, zu erhöhen. 2019 konnten von 194 besetzten IT-Stellen 47 (24,2%) Positionen mit Frauen besetzt werden. Insgesamt gab es 282 Neueintritte, davon 114 (40,4%) Frauen.

Zur Begegnung des Fachkräftemangels bildet die BRZ GmbH intensiv selbst Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im IT-Bereich aus.

Im Jahr 2019 begannen elf Trainees in der Java Software-Entwicklung, zehn in der SAP-Entwicklung und im „SAP–Customizing“, fünf im Testmanagement, fünf in „Business Intelligence“ und vier im „Operations Management“. Zusätzlich haben auch 2019 wieder zwei Lehrlinge in der BRZ GmbH begonnen, beide im neuen Lehrberuf „Applicationsentwicklung-Coding“. Erstmalig nahm die BRZ GmbH über das Programm AQUA des WAFF zwei Teilnehmer auf, um sie in der Java Software Entwicklung auszubilden.

Die BRZ GmbH ist sich seiner sozialen Verantwortung bewusst, Schülern und Studierenden geeignete Praktika zu ermöglichen, um Berufserfahrung sammeln und ihre Ausbildungen abschließen zu können. Neben 13 mehrmonatigen Praktikumsplätzen – vorwiegend für FH-Studentinnen und FH-Studenten – wurden auch 21 Sommerpraktika vergeben.

Die Zusammenarbeit mit den neuen Kooperationspartnern „More than one perspective“, „Austrian Coding School“ und „MyAbility“ sowie der Weiterführung der guten Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Österreich, erschließen der BRZ GmbH den Zugang zu Zielgruppen, die bisher über klassische Stelleninserate oft nicht in ausreichendem Ausmaß angesprochen werden konnten.

Das moderne „Employer Branding“ wurde mit zwei „Awards“ ausgezeichnet – mit dem Staatspreis Marketing in der Kategorie „Employer Branding“ sowie mit dem Preis „Beste Arbeitgebermarke 2019“ des „Employer Brand Manager Clubs“ in Silber. Die neuerliche Prämierung mit dem silbernen Gütesiegel von „Career’s Best Recruiter“ zeichnet die BRZ GmbH für seine hervorragenden Leistungen in den Kategorien „Online Recruiting“ Präsenz, Online-Stellenanzeigen, Bewerberinnen- und Bewerber-Umgang und Bewerberinnen- und Bewerber-Feedback aus.

Die BRZ GmbH war auf insgesamt zehn „Recruiting-Messen“ an Universitäten, Fachhochschulen und HTLs vertreten, ebenso auf den sehr gut besuchten Veranstaltungen „We are Developers“ und am „Security Forum“ des Hagenberger Kreises. Zudem präsentierte sich die BRZ GmbH am „EYA Social Hackathon“ Vienna 2019 als innovativer Arbeitgeber.

▪ **Aus- und Weiterbildung**

Die BRZ GmbH startete im Herbst 2019 mit insgesamt fünf Traineeprogrammen, wobei die Ausbildungsprogramme für „Business Intelligence“, „Operations Management“ und Testmanagement neu aufgesetzt wurden. Die Ausbildungspläne für das SAP-Traineeprogramm wurden völlig neu überarbeitet und das Java-Traineeprogramm wurde in der bewährten Form weitergeführt. Diese Ausbildungen dauerten jeweils rund drei Monate und umfassten Kurse, Training on „the job“ und „off the job“, Coaching sowie Reflexion und Selbststudium.

Das im Oktober 2018 gestartete Nachwuchsführungskräfteprogramm endete am 8. August 2019 mit einer großen Abschlussveranstaltung, in der die Absolventinnen und Absolventen ihre in zwei Gruppen erstellten Abschlussarbeiten präsentierten. Bereits vor Abschluss des ersten Nachwuchsführungskräfteprogramms konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Positionen und Aufgabenfelder wesentlich verändern, wobei eine umfassende Reorganisation der Fachbereiche neue Entwicklungsfelder bot.

Im Fokus der unternehmensweiten Weiterbildungsmaßnahmen standen im Zuge der Reorganisation sowohl Schulungen zu den neuen Funktionen und Rollen als auch Führungskräfte-Coachings. Im Rahmen der Führungskräfte Trainings wurden umfassende Schulungen zu „Scaled Agile Framework“ (SAFe) angeboten sowie Trainings zu wichtigen Führungsthemen wie „Retention Management“ und gesundheitsorientierte Führung durchgeführt. Intensiv geschult wurde ebenso zu den Themen „Lean Management“ und „Design Thinking“.

2019 investierte die BRZ GmbH 2,1 Mio. € in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Anzahl der Kurstage betrug 5.434 und die Anzahl der von der BRZ Academy organisierten Veranstaltungen 192.

▪ **Familienfreundlicher Arbeitgeber**

Seit 2005 fördert die BRZ GmbH eine familienbewusste Unternehmenspolitik. Es wurden betriebliche Rahmenbedingungen geschaffen, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. 2019 wurden folgende Maßnahmen erfolgreich umgesetzt:

- Flohmarkt für Kinder-Kleidung und Kinderspielzeug
- Stay Connected Breakfast für karenzierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Kinderadventfeier

- Kinderbetreuung an zwei schulautonomen Tagen
- Gesundheitsworkshops für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

▪ **Green-IT und Umweltbelange**

Für Green-IT und Umweltbelange der BRZ GmbH wurden für das Jahr 2019 rund 0,3 Mio. € budgetiert. Die Verbräuche an elektrischer Energie sind gegenüber 2018 mit rund 14,3 GWh (Vorjahr 13,9 GWh) leicht angestiegen und sind auf den gesteigerten Verbrauch der Rechenzentren zurückzuführen. Die Erneuerung einer USV-Anlage sowie die Bestückung von Beleuchtungen mit LED führten zu einer entsprechenden Stromeinsparung. Die Umrüstung eines offenen Kühlturms auf Trockenkühler führte zu einer Brunnenwassereinsparung um 47,6% auf 16.738 m³. Der Fernwärmeverbrauch reduzierte sich gegenüber 2018 deutlich um 29,8% auf 450 MWh und ist auf den milden Winter und der Wärmerückgewinnung zurückzuführen.

Im Jahr 2019 wurden zwei weitere E-Ladestationen in Betrieb genommen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können über ihre Zutrittskarten ihre Fahrzeuge elektrisch betanken und die Daten für die Abrechnung werden automatisiert an die Gehaltsverrechnung transferiert.

Die Re-zertifizierung des Energieaudits nach dem Bundes-Energieeffizienzgesetz (EEffG) und EN 16247 wurde in 2019 ebenso erfolgreich durchgeführt.

VII. Ausblick auf 2020

Die BRZ GmbH wird weiterhin zunehmend komplexere und hochintegrierte IT-Lösungen für die Republik Österreich und für die Verwaltung entwickeln und betreiben.

Als neuer Eigentümervertreter der BRZ GmbH übt das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort die Eigentümerrechte der Republik an der BRZ GmbH aus.

Im Ministerrat wurde der digitale Aktionsplan der Bundesregierung beschlossen. Bei dessen Umsetzung wird die BRZ GmbH als Kompetenzzentrum für Digitalisierung in der Bundesverwaltung eine wichtige Rolle einnehmen. Die BRZ GmbH wird dabei die Digitalisierung in Österreich in den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung verantwortlich mitentwickeln und wesentlich vorantreiben.

Kernthemen dabei sind das Digitale Amt oder auch das „Once-Only-Prinzip“. Das Digitale Amt ist die Grundlage vieler Digitalisierungsprojekte der Bundesverwaltung für Österreichs Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft. Die Idee hinter dem „Once-Only-Prinzip“ ist, Informationen für Behörden nur ein einziges Mal zur Verfügung zu stellen und so ein mehrfaches Übermitteln von Daten an Behörden überflüssig zu machen. Dieses Projekt soll der österreichischen Wirtschaft beträchtliche Einsparungen bringen.

Die IT-Konsolidierung im Bund ist ein weiteres Vorhaben im Regierungsprogramm. Die BRZ GmbH wird dabei eine wesentliche Rolle einnehmen und als Projekt-Partner aktiv mitwirken, um bestehende Bundessysteme zu konsolidieren und in Zukunft unter Nutzung von Skaleneffekten zu betreiben.

Die zunehmenden Schwachstellen der Hardware- und Softwarehersteller sowie zunehmende kriminell organisierte Angriffe auf die Datenintegrität und Datensicherheit verstärken die Sensibilität unserer Kunden für Investitionen in sichere physische und digitale Infrastruktur.

Neben diesen Projekten nennt das Regierungsprogramm zahlreiche Themen wie beispielsweise einem einheitlichen e-Mailing im Bund oder der Konzeptionierung einer „Bundes-Cloud“ bei denen die BRZ GmbH ein potentieller Realisierungspartner ist.

Im Rahmen der Arbeitsmarktservice Österreich Transition werden im Jahr 2020 die Internetanwendungen, SAP sowie „Unified Communications“ übernommen. In allen übrigen Transition-Projekten werden die Übernahmetätigkeiten wie geplant bis in das Jahr 2021 fortgeführt.

Um diese geplanten Vorhaben zu verwirklichen, setzen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tagtäglich für ihre Kunden ein, generieren Vorteile für Österreichs Bürgerinnen und Bürger und tragen einen wesentlichen Anteil zum Erfolg der BRZ GmbH bei. Dabei unterstützt und fördert gegenseitige Wertschätzung, offene Kommunikation und Anerkennung innerhalb des Unternehmens eine nachhaltige Entwicklung der BRZ GmbH.

Wien, am 06. März 2020

Bundesrechenzentrum GmbH

Mag. Markus Kaiser e.h.

Geschäftsführer

Mag.^a Christine Sumper-Billinger e.h.

Geschäftsführerin

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und
Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt.

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr. 140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen und mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungshelfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufsüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt. 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabeverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmerngeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä. gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder untenantlich, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvorschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvorschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvorschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.